

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. Dezember 1999**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	5	Kopp, Gudrun (F.D.P.)	31, 32
Claus, Roland (PDS)	48, 49	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	13, 14
Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU)	8, 9	Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) (CDU/CSU)	1, 2
van Essen, Jörg (F.D.P.)	39, 40	Niebel, Dirk (F.D.P.)	46, 47
Dr. Gehb, Jürgen (CDU/CSU)	12	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	42
Geis, Norbert (CDU/CSU)	24, 25	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	3, 4
Goldmann, Hans-Michael (F.D.P.)	37, 38	Pieper, Cornelia (F.D.P.)	44, 45
Hartnagel, Anke (SPD)	6, 7	Sehn, Marita (F.D.P.)	33, 34
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	19, 20	Siemann, Werner (CDU/CSU)	50, 51
Hedrich, Klaus-Jürgen (CDU/CSU)	41	Dr. Solms, Hermann Otto (F.D.P.)	35, 36
Helias, Siegfried (CDU/CSU)	21, 22	Dr. Freiherr von Stetten, Wolfgang	26, 27
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	28, 29	(CDU/CSU)	
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	10, 30	Töpfer, Edeltraut (CDU/CSU)	23
Hohmann, Martin (CDU/CSU)	15, 16	Dr. Uhl, Hans-Peter (CDU/CSU)	17, 43
Hollerith, Josef (CDU/CSU)	11	Weiß, Gerald (Groß-Gerau) (CDU/CSU)	18

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

1. Abgeordneter
**Dr. Martin
Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)** Wie ist der weitere Zeitplan der Verhandlungen zur Formulierung des so genannten Cartagena-Protokolls, einem internationalen Abkommen über die grenzüberschreitende Verbringung von gentechnisch veränderten Organismen (Biosafety-Protokoll)?
2. Abgeordneter
**Dr. Martin
Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)** Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass durch dieses Biosafety-Protokoll die Erforschung, die Herstellung und der Vertrieb von biotechnisch hergestellten Arzneimitteln nicht behindert wird?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

3. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.)** Ist es mit der Rechtsaufsicht des Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Staatsminister Dr. Michael Naumann, über die Deutsche Welle (DW) vereinbar, dass dieser anlässlich seines „spontanen“ Besuchs der Deutsche Welle-tv in Berlin am 8. Dezember 1999 den Umzug der DW in den Schürmann-Bau in Bonn als Unfug bezeichnet und gleichzeitig die DW vor einer Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Unternehmen zur Verringerung der Technik-Kosten gewarnt hat?
4. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.)** Welche Aufgabe misst die Bundesregierung den Gremien der „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ zu, wenn bereits vor deren Konstituierung der Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Dr. Michael Naumann, detaillierte Stellenausschreibungen mit Besoldungsangaben für Geschäftsführung und wissenschaftliche Mitarbeiter veröffentlicht (z. B. in der ZEIT vom 2. Dezember 1999)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

5. Abgeordneter
Wolfgang Börnßen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der Ereignisse bei der Havarie der „Pallas“ vor einem Jahr sowie der aktuellen maritimen Krisensituationen in Nord- und Ostsee, einen Dauervertrag mit dem einzigen deutschen Hochseeschlepper „Oceanic“ abzuschließen, wie es auch Experten für den deutschen Küstenschutz einstimmig fordern, und in welcher Größenordnung wird sie diesbezügliche Bundesmittel im kommenden Jahr einsetzen?
6. Abgeordnete
Anke Hartnagel
(SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung tätig geworden, um auch vor der Veröffentlichung des Abschlussberichtes zum Pallas-Unglück bereits Maßnahmen zu ergreifen, die die Sicherheit in Nord- und Ostsee erhöhen?
7. Abgeordnete
Anke Hartnagel
(SPD)

Zu welchen Ergebnissen ist die vom Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen eingerichtete Expertenkommission zur Untersuchung der Pallas-Havarie bisher gekommen, und bis zu welchem Zeitpunkt ist mit einem Abschlussbericht zu rechnen?
8. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung die deutlich geringere Mittelbereitstellung für das Land Sachsen im Rahmen des Investitionsprogramms für Bundesfernstraßen 1999 bis 2002 bzw. nach 2002 gegenüber den anderen ostdeutschen Flächenländern?
9. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU)

Warum werden für Sachsen nur ca. ein Drittel der Mittel Thüringens, ca. zwei Drittel der Mittel Sachsen-Anhalts bzw. die Hälfte der Mittel Mecklenburg-Vorpommerns bereitgestellt?
10. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)

Warum hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen untersagt, die Haushaltsansätze beim Bundesfernstraßenbau bei Hauptbautiteln für den Straßenbau aus den Ansätzen für nicht einzeln im Bundeshaushalt veranschlagte Kleinmaßnahmen zu verstärken?

- | | |
|---|--|
| 11. Abgeordneter
Josef
Hollerith
(CDU/CSU) | Inwieweit ist eine Vorfinanzierung durch die Länder für Bundesfernstraßen möglich und wie kann die Rückzahlung aussehen? |
| 12. Abgeordneter
Dr. Jürgen
Gehb
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass mögliche Landesbürgschaften für den Transrapid als EU-rechtlich unzulässige Beihilfen anzusehen sind (Pressemitteilung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 538/99 vom 6. Dezember 1999), und wenn nicht, wie begründet sie dies? |

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|---|---|
| 13. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass tschechische Untersuchungsbehörden ihre Ermittlungen über ein Massaker an Sudetendeutschen im Mai 1945 im westböhmisches Dorf Totzau unter Berufung auf das so genannte Amnestiegesetz vom 8. Mai 1946 eingestellt haben (vgl. epd-Agenturmeldung vom 25. November 1999), und dass ein Richter am tschechischen Verfassungsgericht bestätigt hat, dass die Benesch-Dekrete „weiter gültig und Teil der tschechischen Rechtsordnung“ seien sowie in Restitutionsstreitigkeiten weiter angewendet würden (vgl. Die Welt vom 10. November 1999)? |
| 14. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die weiterhin stattfindende Anwendung von Dekreten, die sich auf die Vertreibung bestimmter Volksgruppen beziehen, in der Tschechischen Republik sowie des so genannten Amnestiegesetzes vom 8. Mai 1946 gegen Völkerrecht verstößt und unvereinbar wäre mit dem gemeinschaftsrechtlichen Besitzstand innerhalb der Europäischen Union, und was unternimmt die Bundesregierung, um sich angesichts der von ihr begrüßten Feststellung des tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman am 8. Mai 1999 in Bonn, „dass bei der Beibehaltung der Rechtskontinuität der tschechischen Rechtsordnung die Wirksamkeit einiger nach dem Jahre 1945 beschlossener Gesetze bereits erloschen ist“ (vgl. Antwort des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Dr. Ludger Volmer, auf Frage 12 in der Fragestunde am 17. März 1999, Plenarprotokoll 14/26, S. 2097), einen zuverlässigen Überblick über die Fortgeltung |

oder Unwirksamkeit von Dekreten, die sich auf die Vertreibung bestimmter Volksgruppen beziehen, in der Tschechischen Republik zu verschaffen?

15. Abgeordneter
**Martin
Hohmann**
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, dass angesichts des von der Russischen Föderation in Tschetschenien geführten „Kolonialkrieges“ (vgl. Bundesaußenminister Joseph Fischer in Frankfurt, Merkur Newsticker vom 9. Dezember 1999 07:15 MEZ) und der staatlichen Verbindung der Russischen Föderation mit dem Nichtmitglied des Europarates Belorussland, die Mitgliedschaft der Russischen Föderation im Europarat weiter aufrechterhalten werden kann und sollte?

16. Abgeordneter
**Martin
Hohmann**
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der gesteigerten russischen Aggression eine Regierungserklärung zum Thema „Tschetschenienkrieg“ abzugeben und auf diese Weise das Thema im Deutschen Bundestag zur Sprache zu bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

17. Abgeordneter
**Dr. Hans-Peter
Uhl**
(CDU/CSU)

Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, dass die Republik Italien ihren Verpflichtungen aus dem Schengener Abkommen nicht nachkommt, wonach Italien als der für das Asylverfahren zuständige erstaufnehmende Vertragsstaat verpflichtet ist, bei der zunehmenden Zahl von irakischen Kurden, die von Istanbul aus von Schleusern über Land und zur See nach Italien verbracht und von dort auf Güterzügen und Lastkraftwagen nach Deutschland geschleust werden, diese zurückzunehmen, und bei negativem Ausgang des Asylverfahrens für deren Rückführung in ihr Heimatland zu sorgen hat, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit die Republik Italien ihren Verpflichtungen nachkommt?

18. Abgeordneter
**Gerald
Weiß**
(Groß-Gerau)
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung nach den heftigen Protesten aus der Bevölkerung und des Deutschen Roten Kreuzes ihren Beschluss zu revidieren, die Förderung der Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe im Haushaltsjahr 2000 deutlich zu reduzie-

ren und ab dem Haushaltsjahr 2001 auf einem vollkommen unzureichenden Niveau fortzuführen?

19. Abgeordneter
**Norbert
Hauser
(Bonn)**
(CDU/CSU)

Wie hoch wäre die finanzielle Mehrbelastung des Bundes, die sich aus der vollständigen Angleichung der Besoldung und der Gehälter für die Beamten und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes des Bundes mit Dienstsitz in Berlin an das Besoldungs- und Vergütungsniveau in den alten Bundesländern ergeben würde und sind der Bundesregierung Zahlen für das Bundesland Berlin bekannt, aus denen sich ein unterschiedlicher Preisstandard für den West- und Ostteil der Stadt ergibt, die eine unterschiedliche Bezahlung der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes des Bundes in Berlin rechtfertigt?

20. Abgeordneter
**Norbert
Hauser
(Bonn)**
(CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für politisch sinnvoll, für die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes in Berlin eine unterschiedliche Bezahlung vorzunehmen, obwohl das Land Berlin bereits 1995 auf diese Trennung verzichtet hat?

21. Abgeordneter
**Siegfried
Helias**
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung ein Konzept vorweisen, aus dem sich ergibt, dass sich die Bezahlung der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst des Bundes in den kommenden Jahren angleichen soll, und welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, um eine Angleichung der Bezahlung der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes zu erreichen?

22. Abgeordneter
**Siegfried
Helias**
(CDU/CSU)

Hat die unterschiedliche Bezahlung nach West- oder Ostniveau Einfluss auf die Anzahl und Qualität der Bewerbungen sowie der Personalauswahl?

23. Abgeordnete
**Edeltraut
Töpfer**
(CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, dass bereits Probleme in den Bundesministerien und -behörden aufgrund der unterschiedlichen Bezahlung zwischen den Kollegen aus den neuen und alten Bundesländern auftreten?

24. Abgeordneter
Norbert Geis
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung hinsichtlich des Verdachtes auf Verstoß gegen Geheimhaltungsvorschriften im Zusammenhang mit Entscheidungen des Bundessicherheitsrates seit der Behandlung in der Fragestunde vom 3. November 1999 (Plenarprotokoll 14/65) ergriffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

25. Abgeordneter
Norbert Geis
(CDU/CSU)
- Ist mit dem Verdacht des Geheimnisverrats im Zusammenhang mit Entscheidungen des Bundessicherheitsrates wegen Kriegswaffenexporten inzwischen eine Staatsanwaltschaft befasst?
26. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
(CDU/CSU)
- Welches ist im Hinblick auf den Verdacht auf Verstoß gegen Geheimhaltungsvorschriften im Zusammenhang mit Entscheidungen des Bundessicherheitsrates der für eine etwaige Erteilung der Verfolgungsermächtigung gemäß § 353b Strafgesetzbuch (StGB – Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht) zuständige bzw. federführende Bundesminister?
27. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung im Falle des Verdachtes eines Verstoßes gegen § 353b StGB in diesem Zusammenhang die Verpflichtung, dem Verdacht einer Straftat nachzugehen bzw. nachgehen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

28. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Wie viel Liter Kraftstoffe sind vom 1. Januar 1998 bis 31. Oktober 1998 und vom 1. Januar 1999 bis 31. Oktober 1999 aufgeschlüsselt nach Diesel und den verschiedenen Benzinsorten in Deutschland verkauft worden?

- | | |
|--|---|
| 29. Abgeordneter
Ernst
Hinsken
(CDU/CSU) | Wie hoch war vom 1. Januar 1998 bis 31. Oktober 1998 und vom 1. Januar 1999 bis 31. Oktober 1999 der durchschnittliche Verkaufspreis für einen Liter Kraftstoff aufgeschlüsselt nach Diesel und den verschiedenen Benzinsorten und die darin enthaltene Mineralölsteuer sowie Mehrwertsteuer? |
| 30. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Ist der Vertrag zwischen der Republik Tschechien und der Bundesrepublik Deutschland über den Bau einer zweiten Straßenbrücke am Grenzübergang Furth i. W. abgeschlossen und, wenn ja, wann ist mit dem Beginn der Baumaßnahme zu rechnen? |
| 31. Abgeordnete
Gudrun
Kopp
(F.D.P.) | Auf welche Artikel (Inhalt) des EG-Vertrages hat sich die Bundesregierung in ihrem Schreiben an die EU-Kommission im Zusammenhang mit der Sanierung der Philipp Holzmann AG berufen? |
| 32. Abgeordnete
Gudrun
Kopp
(F.D.P.) | Liegt mittlerweile eine Genehmigung der EU für die Subventionen der Bundesregierung an die Philipp Holzmann AG vor, und wann ist mit einer Zustimmung der EU zu rechnen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

- | | |
|---|--|
| 33. Abgeordnete
Marita
Sehn
(F.D.P.) | Worin bestehen nach Ansicht der Bundesregierung die Gründe für die wirtschaftliche Schieflage bei der Philipp Holzmann AG, und ergeben sich aus dem Engagement der Bundesregierung für die Philipp Holzmann AG Risiken für den Bundeshaushalt? |
| 34. Abgeordnete
Marita
Sehn
(F.D.P.) | Mit welchem Beitrag hat sich die Bundesregierung an der Sanierung der Philipp Holzmann AG beteiligt, und in welchem Haushalt wird dieser Beitrag berücksichtigt? |

35. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto Solms
(F.D.P.)
- Stimmt die Bundesregierung der Auffassung des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes zu, dass die Philipp Holzmann AG durch den teilweisen Lohn- und Gehaltsverzicht der Beschäftigten, das zur Abwendung der Überschuldung gewährte Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 150 Mio. DM und die vom Bund übernommene Ausfallbürgschaft in Höhe von 100 Mio. DM einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen, auch mittelständischen Wettbewerbern in der Baubranche erhält?
36. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto Solms
(F.D.P.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden der Philipp Holzmann AG, wonach der sechsprozentige Lohnverzicht und die Überstundenzusage der Belegschaft nicht für Dumpingpreise bei zukünftigen Aufträgen genutzt werden sollen und welche Möglichkeiten der Überprüfung sieht die Bundesregierung hierbei, so dass Wettbewerbsverzerrungen zulasten mittelständischer Unternehmen zukünftig vermieden werden können?
37. Abgeordneter
Hans-Michael Goldmann
(F.D.P.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Weigerung der IG Bau, den Arbeitnehmeranteil des Sanierungskonzeptes zur Rettung der Philipp Holzmann AG nicht mitzutragen, und welche Folgen hat diese Weigerung für die Bundesbürgschaft?
38. Abgeordneter
Hans-Michael Goldmann
(F.D.P.)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tätigkeit von Aufsichtsratsmitgliedern, die von den Banken und von den Gewerkschaften in den Aufsichtsrat entsandt worden sind?
39. Abgeordneter
Jörg van Essen
(F.D.P.)
- Welche Nachteile für die regionale Wirtschaftsförderung wird die „Holzmann-Rettung“ nach sich ziehen angesichts der Tatsache, dass der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, bei Verhandlungen mit der EU-Kommission auf einen Teil der regionalen Wirtschaftsförderung verzichtet hat, und inwieweit werden dadurch gerade die strukturschwachen neuen Bundesländer benachteiligt werden?

40. Abgeordneter
Jörg van Essen
(F.D.P.)
- Welche Subunternehmen, die in den neuen Bundesländern angesiedelt sind, hat die Firma Philipp Holzmann AG, und welche Zulieferer aus den neuen Bundesländern könnten von der „verschleppten“ Pleite in Zukunft betroffen werden?
41. Abgeordneter
Klaus-Jürgen Hedrich
(CDU/CSU)
- Welche Gründe hat die Bundesregierung, im Rahmen des Vermarktungshilfeprogramms 2000 zur Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte im Ausland in ganz Südamerika nur noch Brasilien als Zielland vorzusehen?
42. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.)
- Beabsichtigt die Bundesregierung der Türkei mitzuteilen, dass trotz der Teilnahme des Kampfpanzers Leopard 2 am Auswahlwettbewerb einem eventuell folgenden Wunsch auf Lieferung von 1000 Panzern nicht entsprochen werden kann, da die Beschlusslage beider Koalitionsparteien dieses verbietet, oder sieht sich die Bundesregierung nicht an die Beschlusslage der Parteitage der Koalitionsparteien gebunden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

43. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, dass die Regelung im Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft wird, wonach an Asylbewerber nach 36 Monaten Aufenthalt in Deutschland – auch ohne dass sie anerkannt worden wären – anstelle von Sachleistungen der auf Inländer anwendbare volle Sozialhilfesatz bar ausgezahlt wird, damit im Zuge einer EU-einheitlichen Regelung eine Anpassung der hohen deutschen Standards an die der anderen EU-Partner erfolgen kann?
44. Abgeordnete
Cornelia Pieper
(F.D.P.)
- Ist es wahr, dass die Zahl der Jugendlichen, die durch das Sofortprogramm der Bundesregierung gegen Jugendarbeitslosigkeit tatsächlich gefördert worden sind, nur 133 000 beträgt, wie in der Ausgabe 48/1999 des Magazins „DER SPIEGEL“ behauptet wird?

45. Abgeordnete
Cornelia Pieper
(F.D.P.)
- Ist es wahr, dass die Anzahl der Jugendlichen, die den Sprung aus diesem Programm in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis geschafft haben, nicht einmal 25 000 beträgt?
46. Abgeordneter
Dirk Niebel
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Hauptverbände der Deutschen Holz- und Möbelindustrie, dass die geplanten Lohnkürzungen bei gleichzeitiger Mehrarbeit der Beschäftigten der Philipp Holzmann AG zu einer Flucht aus der Tarifbindung führen könnten, und wenn ja, welche Folgen zieht sie daraus?
47. Abgeordneter
Dirk Niebel
(F.D.P.)
- Eröffnet die geplante Vereinbarung über Lohn- und Gehaltskürzungen und längere Arbeitszeiten der Mitarbeiter der Philipp Holzmann AG die Chance zur Flexibilisierung der Tarifverträge auch im Westen und ist die Bundesregierung bereit, ggf. gesetzliche Rahmenbedingungen dafür herbeizuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

48. Abgeordneter
Roland Claus
(PDS)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zur Ablehnung von Tiefflügen über dem Harz im Allgemeinen und dessen höchstem Berg, dem in einem als Nationalpark ausgewiesenen Gebiet liegenden Brocken, im Besonderen, wie sie sowohl durch den Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt als auch durch die Kreisverwaltung des Landkreises Wernigerode zum Ausdruck gebracht worden ist?
49. Abgeordneter
Roland Claus
(PDS)
- Welche Gründe haben die Bundesregierung im Herbst 1998 bewogen, die Mindestflughöhengrenze von 1 500 Metern über Land, die von der Vorgängerregierung festgelegt worden war, aufzuheben?
50. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Welchen zusätzlichen Finanzbedarf sieht die Bundesregierung auf der Basis der beschlossenen mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2000 bis 2003 für die Bundeswehr vor dem Hintergrund der Aussage des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping (siehe Stuttgarter Zeitung vom 20. Okto-

ber 1999), wonach die Bundeswehr einen Investitionsbedarf von 30 bis 40 Mrd. DM hat?

51. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Empfehlung einer externen Studie, die im Auftrag der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ erstellt wurde, den Sitz des Bundesministeriums der Verteidigung nach Berlin zu verlegen, und beabsichtigt sie, dieser Empfehlung zu folgen?

